Land XY
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Adresse

Anmeldung von Entschädigungsansprüchen

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Betrieb, der / die … (Name und Anschrift des Betriebs) …, ist als … (Betriebsart) … von der Schließungsverordnung des Landes vom … (Datum) … betroffen. Auch unsere Arbeitnehmer sind von der Schließungsverordnung betroffen.

1.
Hiermit melden wir im Hinblick auf die angeordnete Schließung unserer nachfolgend genannten Einrichtungen sämtliche bestehenden Entschädigungsansprüche, insbesondere nach §§ 56, 65 IfSG (ggf. in analoger Anwendung) dem Grunde nach an. Die Entschädigungsansprüche betreffen insbesondere, aber nicht abschließend:

- Erstattungsansprüche für Verdienstausfallzahlungen an Mitarbeiter gemäß § 56 Abs. 5 IfSG sowie etwaige Mehraufwendungen gemäß § 56 Abs. 4 IfSG,

- Entschädigungsansprüche aufgrund behördlicher Maßnahmen gemäß § 65 IfSG,

- Entschädigungsansprüche für Verluste, die dem Betrieb aufgrund der Schließung entstanden sind, insbesondere aufgrund fortlaufender Kosten für Miete, Personal, Kredite und anderer fortlaufender Verträge, unabhängig von der Rechtsgrundlage.

Da die behördlich angeordnete Schließung derzeit noch andauert, ist eine genaue Bezifferung des Entschädigungsanspruchs derzeit noch nicht möglich.

2.
Wir fordern Sie auf, den Entschädigungsanspruch dem Grunde nach binnen der nächsten **10 Tage** schriftlich uns gegenüber anzuerkennen.

Zur Kürze der gesetzten Frist weisen wir darauf hin, dass diese auf dem Umstand beruht, dass unser Betrieb über eine Betriebsschließungsversicherung verfügt, bei der die weitere Regulierung unter anderem von der Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen gegenüber demjenigen Rechtsträger abhängt, der die Schließung veranlasst hat.

Mit freundlichen Grüßen